

## INHALT

1. SPD, Grüne und SSW lehnen parteiübergreifendes Vorgehen beim NOK ab
2. Union kämpft für Existenz der Ostseefischer
3. CDU-Fraktion setzt sich für Erhalt kleiner Grundschulen ein
4. Opposition legt bei Debatte zur Besoldungsanpassung nach
5. SPD, Grüne und SSW auf dem Weg zum Einheitslehrer
6. Show-Antrag zum Fracking
7. Weiterentwicklung des Asylrechts
8. Diskussion über Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften
9. CDU-Fraktion setzt sich für weitere Freiheiten für die Hochschulen ein
10. Vergewaltigungsoffer durch anonyme Spurensicherung psychisch entlasten!
11. Pflegedokumentation sinnvoll überarbeiten

21.03.2013

**SPD, Grüne und SSW lehnen parteiübergreifendes Vorgehen beim NOK ab  
Nord-CDU wirbt im Landtag für „Aktionsbündnis-NOK-2025“**



Hans-Jörn Arp, MdL

Um den dringend erforderlichen Ausbau des Nordostsee-Kanals (NOK) voranzubringen, hat die CDU-Fraktion heute im Landtag für ein breites Bündnis geworben.

„Wir brauchen eine Bündelung der Kräfte, um die bereits vielfach diskutierten Missstände am NOK bis 2025 vollständig abzustellen“, betonte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp am Donnerstag im Landtag.

„Ich bin froh, dass Verkehrsminister Meyer mit den populistischen und persönlichen Beschimpfungen des Herrn Stegner gegen Bundesverkehrsminister Ramsauer nichts anfangen kann. Der Landesverkehrsminister hat erkannt, dass es nur gemeinsam geht. Das ist auch unser Weg: Mit den Lotsen, mit den Reedern und mit den Mitarbeitern der Kanalverwaltung. Wir müssen nach vorne schauen. Deshalb wollen wir einen Strich unter die Legendenbildungsversuche der Vergangenheit machen und gemeinsam mit unseren Partnern mit Vollgas an die Zukunftsgestaltung des Kanals gehen“, so Arp.

Im Ziel seien sich alle einig: Mit vereinten Kräften müssten nun die Weichen für die Zukunft des Kanals gestellt werden. Dazu zählten der Neubau der fünften Schleuse in Brunsbüttel, die Grundinstandsetzung der Schleusen in Holtenau, die Erweiterung der Oststrecke, der Neubau der Levensauer Hochbrücke, die Grundinstandsetzung der alten Schleusen in Brunsbüttel sowie die Vertiefung des gesamten Kanals.

Im Laufe der Debatte wurde deutlich, dass die unterschiedlichen Anträge (FDP: Fahrplan zur Sanierung des NOK, CDU: Aktionsbündnis 2025 für den NOK, SPD, Grüne und SSW: Masterplan für den NOK, Links jeweils siehe unten) so weit nicht auseinander lagen. Arp bot an, diese im Ausschuss zu einer gemeinsamen Resolution zusammen zu führen und so ein parteiübergreifendes Bündnis zu schmieden. Dafür erhielt er sogar Applaus von Abgeordneten der Regierungsfractionen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurden allerdings weder der CDU- noch der FDP-Antrag in den Ausschuss überwiesen. SPD, Grüne und SSW lehnten beide Anträge ab.

„SPD, Grüne und SSW haben heute ein schleswig-holsteinisches Armutszeugnis abgeliefert. Sie haben durch ihr Abstimmungsverhalten die angebotene Zusammenarbeit der Oppositionsfractionen abgelehnt. Nicht einmal im eigenen Bundesland zeigt die Regierungskoalition Bereitschaft, andere einzubinden. Wie soll das dann mit anderen Bundesländern gelingen?“, fragte Arp.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0653.pdf>

Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0633.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0667.pdf>

---

## **Union kämpft für Existenz der Ostseefischer**

### **Umwelt- und Fischereiminister Habeck darf nicht vor Naturschutzverbänden einknicken**

An der schleswig-holsteinischen Ostseeküste gibt es 34 Berufsfischer und etwa 140 Nebenerwerbsfischer. Diese fürchten um ihre Existenz: Zum Schutz von Schweinswalen und Tauchenten überlegt Umwelt- und Fischereiminister Robert Habeck nach heftiger Kritik von Naturschutzverbänden in weiten Teilen der Küste Fangverbotszonen einzurichten. Dort soll laut Zeitungsberichten drei bis sechs Monate im Jahr nicht mit Stellnetzen gefischt werden dürfen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion debattierte der Landtag heute über die Zukunft der Ostseefischer. „Diese haben ein Anrecht auf eine verlässliche Zukunftsperspektive“, erklärte der fischereipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Jensen.

Er forderte Habeck auf, die ausgestreckte Hand der Fischer zu ergreifen. Diese seien zu schonenden Maßnahmen zum Schutz von Schweinswal und Tauchente durchaus bereit. Für großflächige und lang andauernde Fangverbote gebe es keinen Anlass, zumal Habeck selbst die Stellnetzfisherei als sehr ökologisch bezeichnet habe.

Jensen verwies darauf, dass die ersten Gespräche zwischen Minister und Fischern in Heiligenhafen im November noch viel versprechend verlaufen seien. Damals ging es um drei Schwerpunktgebiete. Diese sollten in den vier bis sechs Wochen des Hauptvorkommens der Schweinswale im Sommer gesperrt werden.

Wenige Wochen später sei von diesem Kompromiss nicht mehr viel übrig geblieben. Laut Zeitungsberichten hätten sich zwischenzeitlich den Grünen nahe stehende Naturschutzverbände eingeschaltet. NABU und BUND machen die Stellnetzfisherei für den Tod von Schweinswalen und Tauchenten verantwortlich. Sie sprechen von „Tausenden Tieren“, die in den Netzen der Fischer verenden.

Jensen forderte Habeck auf, auch nach der Kritik der Naturschutzverbände zu seinen ursprünglich gegenüber den Fischern gemachten Aussagen zu stehen. „Der Dialog allein reicht dazu nicht aus, wenn die Verlässlichkeit der gemachten Aussagen eine Halbwertzeit von wenigen Wochen hat“, so der CDU-Abgeordnete.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0603.pdf>



Klaus Jensen, MdL

---

### **CDU-Fraktion setzt sich für Erhalt kleiner Grundschulen ein SPD, Grüne und SSW weichen Debatte aus**

In den vergangenen Wochen hat Bildungsministerin Professor Dr. Waltraut Wende die Existenz kleiner Grundschulen zunehmend in Frage gestellt. Zuletzt in Dithmarschen erklärte die Ministerin, sie fände es unsolidarisch, diese Schulen auf Dauer zu erhalten. Die Lehrerstellen von Kleinstschulen könnten in anderen Schulen besser eingesetzt werden.

Auf Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) diskutierte der Landtag heute über

Möglichkeiten der Existenzstärkung für kleine Grundschulen. Erst am Dienstag dieser Woche stellten die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW einen Änderungsantrag. Danach soll geprüft werden, ob ab 2014 Fördermittel der Europäischen Union für die kleinen Schulen verwendet werden können.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen kritisierte diese Vorgehensweise scharf: „Jetzt wird das Problem auf 2014 und auf die EU verlagert“, erklärte sie.

Die CDU wolle Planungssicherheit für kleine Grundschulstandorte. Schulträger sollten darüber hinaus einen größeren Einfluss bei Entscheidungen über Grundschulstandorte haben. Ferner wolle die Union den Außenstellen eine Karenzzeit von zwei Jahren gewähren, um diesen im Fall eventuell drohender Schließungen Zeit zu geben, tragfähige Konzepte zu entwickeln.

In den vergangenen Monaten hätten die Bildungsministerin und der Ministerpräsident betroffenen Eltern Hoffnung gemacht. „Kostenneutrale Konzepte sollten Außenstellen retten. Auch ein Moratorium wurde in Aussicht gestellt. Der Antrag der Regierungsfractionen macht klar: Nichts davon kommt! Das waren nur leere Worte, um die Eltern wieder zu beruhigen und eine gute Figur im Fernsehen abzugeben“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete warf der Bildungsministerin vor, mit zweierlei Maß zu messen: „Kleine Grundschulen will die Ministerin schließen, weil sie angeblich pädagogisch nicht sinnvoll seien. An Gemeinschaftsschulen will sie Zwerg-Oberstufen einrichten, deren pädagogische Sinnhaftigkeit die Experten verneinen. Dafür ist Geld da, dafür werden Stellen bewilligt. Das zeigt, wie fadenscheinig die Begründung ist“ erklärte Franzen.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0632.pdf>

Änderungsantrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0666.pdf>



Heike Franzen, MdL

---

## **Opposition legt bei Debatte zur Besoldungsanpassung nach Scharfe öffentliche Kritik an Albig-Plänen**

Einen Tag, nachdem Ministerpräsident Torsten Albig seine Pläne zur Beamtenbesoldung vorgestellt hat, hagelte es Kritik. Dies gilt sowohl für die Höhe der Pläne als auch für das Verfahren.

Die Vorsitzende des Beamtenbundes Anke Schwitzer sprach von einem nicht einmal halbherzigen Vorschlag, der „hochgradig unanständig“ sei. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erklärte, man lasse sich nicht für dumm verkaufen. Der DGB Nord kritisierte insbesondere die Verschiebung des zweiten Schrittes der Besoldungsanpassung auf 2015. Damit werde die Beamtenschaft über ein Jahr abgekoppelt. Die Neue Richtervereinigung sprach von einer „verfassungsrechtlich nicht gestatteten Ungleichbehandlung.“ Damit bezieht sie sich auf die geplante unterschiedliche Behandlung. Eine annähernd zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifierhöhung sieht Albig nur für untere Besoldungsgruppen vor.

"Wenn die Landesregierung ernsthaft meint, für Richter und Staatsanwälte sei eine Erhöhung von 1,5 Prozent angemessen, dann hat sie deren Bedeutung nicht verstanden. Die Gerichte ächzen unter einer Arbeitsüberlastung; die Staatsanwaltschaften haben ebenfalls mit erheblichen Arbeitsverdichtungen zu kämpfen“, erklärte dazu CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier.

Auch die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, kritisierte das Vorgehen scharf. Die Landesregierung treibe mit der unterschiedlichen Behandlung einen Keil in den Polizeidienst. Besoldung erfolge nicht nach Bedürftigkeit, sondern sei abhängig von Arbeit und Leistung. Entsprechend seien die Beamten eingruppiert.

„Deshalb hat die CDU in den vergangenen Jahren ja so dafür gekämpft, den Beförderungsstau abzubauen. Jeder Beamte müsse entsprechend seiner aktuellen Tätigkeit besoldet werden. „Und selbstverständlich muss eine Besoldungserhöhung dann für alle Gruppen gleich gelten“, forderte Damerow.

Die CDU-Politikerin betonte, dass die Beamten in den vergangenen Jahren unter anderem durch die Streichung von Sonderzahlungen ihren Sparbeitrag geleistet haben: „Wir haben diesen Sparbeitrag eingefordert, um Beförderungen sowie die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse sicher stellen zu können“, so Damerow. Dass die SPD-geführte Landesregierung diese nun verweigere, sei ein Schlag ins Gesicht der Beamten.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hatte noch gestern ihre Ansprechpartner in den Bildungsverbänden informiert. „Die reduzierte Erhöhung im höheren Dienst macht es für Lehrerinnen und Lehrer immer unattraktiver, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen. Aufgrund der geringen Unterschiede in der Besoldung ist es beispielsweise heute schon schwer, Schulleiter zu finden. Albigs Pläne werden das Problem noch verstärken“, so Franzen.

---

### **SPD, Grüne und SSW auf dem Weg zum Einheitslehrer CDU moniert bildungspolitischen Irrweg der Landesregierung**

In den vergangenen Wochen sprach Bildungsministerin Professor Wende mit den Verantwortlichen der Universitäten in Flensburg und Kiel über ihre Pläne zur Reform der Lehrerbildung. Allerdings kamen damals nie alle Beteiligte an einen Tisch. Nach dem Gespräch mit den Kielern zeigte sich angesichts der Ergebnisse die Flensburger Universität irritiert. Nach dem Gespräch mit den Flensburgern war es umgekehrt. Im Kern geht es darum, dass die Regierungskoalition statt der bisherigen schulartspezifischen Lehramtsausbildung so genannte „Stufenlehrer“ ausbilden will. Diese sollen dann an allen Schularten unterrichten.

CDU-Hochschulexperte Daniel Günther hatte deshalb für die heutige Landtagsitzung einen Bericht über die konkreten Planungen der Landesregierung eingefordert (Link siehe unten). Dieser Bericht fiel dünn aus. Keine der konkreten Fragen wurde beantwortet. „Am Ende werden

wir mit einem geeinten Vorschlag an die Öffentlichkeit gehen“, erklärte die Bildungsministerin lediglich.

„Endlich wird das Parlament heute in wenige Einzelheiten der Wendischen Geheimdiplomatie in Sachen Lehramtsausbildung eingeweiht“, antwortete Günther. Allerdings entpuppten sich die vagen Vorstellungen der Ministerin schon bei fadem Licht als teuer und bildungspolitisch falsch.

„Wir haben in der Lehramtsausbildung bereits optimale Strukturen – gerade weil unsere Universitäten in Flensburg und Kiel in der Lehramtsausbildung unterschiedlich spezialisiert sind und die zukünftigen Lehrkräfte danach ausbilden, an welcher Schulart sie später einmal unterrichten. Daran sollte die Ministerin festhalten“, so Günther.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0602.pdf>



Daniel Günther, MdL

---

### Show-Antrag zum Fracking

#### **PIRATEN versuchen Bevölkerung unnötig zu verunsichern**

In der Plenardebatte stand heute (21. März 2013) erneut das Thema Fracking auf der Tagesordnung. Die PIRATEN hatten hierzu einen entsprechenden Antrag eingebracht, obwohl der Schleswig-Holsteinische Landtag sich bereits in der Dezembersitzung klar gegen Fracking ausgesprochen und einen eindeutigen Beschluss gefasst hatte.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, bemerkte hierzu: „Das Thema Fracking ist aufgrund der längst beschlossenen, fraktionsübergreifenden Ablehnung im Landtag bei weitem nicht so öffentlichkeitswirksam, wie die Piraten glauben.“ Auch der Redebeitrag der Kollegin Beer von den PIRATEN habe keine neuen Aspekte gebracht. Er sei lediglich geeignet, die Bevölkerung zu verunsichern. „Das von ihnen unverändert geforderte Moratorium ist längst überholt. Es wurde von der Landesregierung als weniger geeignete Variante eingestuft“, so Rickers.

Sicherlich könne man dem Umweltminister vorwerfen, dass sein Arbeitstempo noch steigerungsfähig sei. „In der Opposition haben die GRÜNEN die Einführung der Länderklausel beim CCS-Gesetz mit dem Hinweis auf fehlende Schnelligkeit kritisiert. Das jetzige Arbeitstempo des Grünen Umweltministers bleibt dahinter jedoch noch zurück“, so Rickers.

Die CDU-Fraktion lehnt unverändert toxische Frackfluide ab. Nachbesserungsbedarf im Bereich des Bergrechtes sieht sie jedoch bei Fragen der Bürgerbeteiligung und des Umweltschutzes.



Heiner Rickers, MdL

---

### Weiterentwicklung des Asylrechts Effektivität des Asylverfahrens muss gesichert sein



Astrid Damerow, MdL

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (21. März 2013) über eine Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung des Asylrechts. Der Antrag der FDP fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Aufhebung des Arbeitsverbots im ersten Jahr, sowie für eine Lockerung der Residenzpflicht einzusetzen.

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, hat sich in der Plenardebatte gegen eine generelle Abschaffung der so genannten Residenzpflicht für Asylbewerber ausgesprochen.

"Das Asylrecht besteht für Menschen, die unter Verfolgung leiden. Schon im Interesse dieser Menschen müssen wir einem Systemmissbrauch entgegen treten und gleichzeitig ein effektives Asylverfahren im Interesse aller gewährleisten. Schleswig-Holstein hat dabei die Bewegungsfreiheit bereits auf das ganze Land ausgedehnt und so für die Menschen deutlich mehr Freiheiten geschaffen. Insgesamt halte ich die Residenzpflicht jedoch für erforderlich", sagte Damerow.

Die CDU-Abgeordnete wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Ausdehnung der Residenzpflicht über die Landesgrenzen hinaus unter anderem am Widerstand der SPD-regierten Freien und Hansestadt Hamburg gescheitert war.

Auch im Hinblick auf eine Abschaffung des Arbeitsverbots im ersten Jahr hält Damerow Augenmaß für entscheidend. Über die aktuelle zeitliche Befristung des Arbeitsverbotes sei ohnehin zu reden, da eine entsprechende EU-Richtlinie ein Arbeitsverbot von lediglich bis zu neun Monaten vorsehe.

In Bezug auf das Asylbewerberleistungsgesetz riet Damerow dazu, die Diskussionen auf Bundesebene zunächst abzuwarten. Damerow betonte jedoch auch, dass die CDU sich einem Diskussionsprozess nicht verschließen werde. Man sei durchaus bereit, konstruktiv an einem Meinungsaustausch mitzuwirken.

---

### **Diskussion über Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften** **CDU-Fraktion will Ehegattensplitting zum Familiensplitting weiter entwickeln**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Erneut beschäftigte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag heute mit der Frage der völligen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.

Für die CDU-Fraktion bekräftigte deren sozialpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann die Position der Union, das Ehegattensplitting zu erhalten und zu einem Familiensplitting weiter zu entwickeln.

„Wir haben vor, die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf den heute für Erwachsene geltenden Grundfreibetrag von 8.004 Euro anzuheben. So helfen wir gezielt den Familien und auch den Alleinerziehenden mit Kindern“, so Rathje-Hoffmann.

Das Bundesverfassungsgericht habe die Rechte homosexueller Lebenspartnerschaften durch die Möglichkeit der Sukzessivadoption gestärkt. Eine Gleichheit mit der Ehe bestehe darüber hinaus in den Bereichen des Sozialrechtes, des Arbeitsrechtes, des Namensrechtes, des Güterrechtes, sowie des Erbrechtes.

Im Verfassungsrecht bestehe jedoch nach wie vor ein Unterschied. Die Ehe könne nur mit einem Partner des jeweils anderen Geschlechts geschlossen werden. „Für uns ist die Ehe eben



kein Auslaufmodell“, stellte Rathje-Hoffmann klar.

Zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0659.pdf>

---

### **CDU-Fraktion setzt sich für weitere Freiheiten für die Hochschulen ein** **Hochschulpolitisches Gesprächsfrühstück mit dem Kanzler der Uni Köln, Dr. Stückradt**



Dr. Oliver Grundei, Dr. Michael Stückradt, Daniel Günther, MdL

Gemeinsam mit dem Gesprächskreis Hochschulpolitik der CDU Schleswig-Holstein hatte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, zu einer Diskussion mit dem Kanzler der Universität Köln, Dr. Michael Stückradt, in die Räume der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag geladen. Moderiert wurde die Veranstaltung durch den Leiter des Gesprächskreises Hochschulpolitik der CDU Schleswig-Holstein, Dr. Oliver Grundei.

Dr. Michael Stückradt, seit September 2012 Kanzler der Universität Köln, stellte den anwesenden Gästen in seinem Vortrag das Hochschulfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen vor. Im Zuge einer in der Bundesrepublik einzigartigen Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes im Jahre 2005 sorgte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung für einen Zuwachs an rechtlicher und fachlicher Autonomie der nordrhein-westfälischen Universitäten. Das Gesetz hob die Doppelnatur der Universitäten als Körperschaften des öffentlichen Rechts einer- und staatlichen Einrichtungen andererseits auf, sodass diese in der Geltungsdauer des Gesetzes ausschließlich als Selbstverwaltungskörperschaften agieren.

Stückradt erklärte, die von der neuen rot-grünen Landesregierung vorgesehene und 2014/15 in Kraft tretende Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes rücke die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen wieder stärker „an den Staat heran“. Im Anschluss an den Vortrag Stückradts erhielten die Teilnehmer Gelegenheit, den Referenten zu aktuellen hochschulpolitischen Themen zu befragen. Angesprochen wurden dabei unter anderem die Zusammensetzung des Hochschulrates sowie die finanzielle Situation der Universitätsklinika.

Die schleswig-holsteinische CDU-Landtagsfraktion will die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen für die kommende Hochschulgesetzgebung berücksichtigen: „Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass sie mit diesen Freiheiten gut umgehen können. Wir können uns deshalb vorstellen, in Schleswig-Holstein den unter CDU-Verantwortung begonnenen Weg weiter zu gehen“, so Günther am Ende des Gesprächs.

---

## **Vergewaltigungsoffer durch anonyme Spurensicherung psychisch entlasten!**

### **Gemeinsamer Antrag mit Fraktion der Piraten**

Opfer sexueller Gewalt scheuen häufig davor zurück, direkt nach einem Übergriff Strafanzeige zu stellen. Die Entscheidung über eine Strafanzeige ist den Opfern aufgrund ihrer persönlichen Lage oder aufgrund von Ängsten und Schamgefühlen häufig nicht direkt möglich. 66 Prozent der Vergewaltigten ist der jeweilige Täter bekannt. Nicht weniger als 82 Prozent der Täter wohnen in der gleichen Gegend wie ihr Opfer.

In einem gemeinsamen Antrag mit den Piraten hat die CDU-Fraktion heute die Einführung einer anonymen Spurensicherung bei Vergewaltigungsoffern gefordert.

„Vergewaltigung ist ein schweres Verbrechen. Wir müssen alles dafür tun, dass den Opfern sofort jede Hilfe, sei es medizinisch oder psychologisch, zur Verfügung steht. Und zwar auch ohne Strafanzeige“, erklärte die justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Barbara Ostmeier, in ihrem heutigen (21. März 2013) Debattenbeitrag.

Andere Bundesländer hätten bereits erfolgreiche Modelle eingeführt: In den beteiligten Krankenhäusern würden Spuren oder Verletzungen dokumentiert. So werde Opfern Zeit gegeben, sich psychisch zu stabilisieren, Unterstützung zu suchen und nach einem von ihnen gewählten Zeitraum doch noch eine Anzeige zu stellen.

„Die anonyme Spurensicherung soll eine direkte Anzeigenerstattung nicht verhindern oder an deren Stelle treten“, stellte Ostmeier klar.

Durch die Anonyme Spurensicherung würde den Ermittlungsbehörden jedoch die Möglichkeit gegeben, auch im Fall einer späteren Anzeige auf Spurenmaterial zurückzugreifen. In einem auf eine solche Anzeige folgenden Verfahren verbessere das die Ausgangsposition des Opfers erheblich.

„Wir müssen unmissverständlich an der Seite der Opfer stehen“, forderte Ostmeier abschließend.

Link zum Antrag von CDU und Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0605.pdf>

---

## **Pflegedokumentation sinnvoll überarbeiten**

### **Effiziente Gestaltung, statt pauschaler Reduzierung**

„Mehr Zeit für Pflege“ – darüber berieten die Fraktionen heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Einigkeit bestand darin, dass die Pflegedokumentation überarbeitet werden müsse. Strittig war vielmehr das „Wie“. Während die Regierungsfaktionen die Pflegedokumentation pauschal reduzieren wollten, sprach sich die Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann für die CDU-Fraktion dafür aus, die Dokumentation und Pflegeplanung effizienter zu gestalten, anstatt die Qualitätsstandards zu reduzieren.

„Bei aller Notwendigkeit einer Reduzierung des Dokumentationsaufwandes darf aber auf keinen Fall außer Acht gelassen werden, dass ein schlicht und unzureichend verfasster Pflegebericht durchaus Konsequenzen haben kann. Denn Handlungen gelten im Falle einer Überprüfung nur als erbracht, wenn sie auch dokumentiert worden sind“, erläuterte Rathje-Hoffmann.

Daher könne es nicht um eine wahllose Reduzierung der Pflegedokumentation gehen. Nötig sei vielmehr ein sinnvolles Maß an Dokumentation und Pflegeplanung. „Wir brauchen eine effizientere Gestaltung, anstatt einer pauschalen Forderung nach weniger Dokumentation“, so Rathje-Hoffmann. Ihr Vorschlag: Knappe und präzise Angaben, kombiniert mit einem Ankreuzsystem als sinnvolle Lösung und Arbeitserleichterung für die Pflegefachkräfte.

An die Adresse der Regierungskoalition gerichtet sagte Rathje-Hoffmann, dass ein Abschieben der Reformen auf die Bundesebene allein nicht die Lösung sein könne. Vielmehr könne und müsse auch die Landesregierung selbst aktiv werden. „Warum wird nicht eine Leitlinie zur Pflegedokumentation in Zusammenarbeit mit an der Alten- und Krankenpflege beteiligten Institutionen erarbeitet?“, fragte die Sozialpolitikerin.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)